

## Gesellschaftswandel und technische Entwicklung

Schroeder, Klaus

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schroeder, K. (1987). Gesellschaftswandel und technische Entwicklung. In J. Friedrichs (Hrsg.), 23. *Deutscher Soziologentag 1986: Sektions- und Ad-hoc-Gruppen* (S. 546-551). Opladen: Westdt. Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-150448>

### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

## Gesellschaftswandel und technische Entwicklung

Klaus Schroeder (Berlin)

Zu Beginn meines Vortrages möchte ich eine zusammenfassende Einschätzung geben, warum in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion das Thema "Technischer Wandel", neue Technologien, in den letzten Jahren zentral werden konnte:

1. Über die neuen sozialen Bewegungen, insbesondere die Ökologiebewegung, wurde das Thema "Technik" politisiert und in den politischen Raum getragen.
2. In Zeiten ökonomischer Stagnation hat die programmatische Assoziation "mehr Wachstum und Wohlstand durch den Einsatz neuer Technologien" per se einen vermittelbaren politischen Marktwert und
3. liegen in den verschiedensten Bereichen die naturwissenschaftlichen und ingenieurwissenschaftlichen Voraussetzungen zur Anwendung neuer Technologien vor, d.h. es gibt entsprechende technische Innovation.

Nachfolgend möchte ich mich aus Zeitgründen auf den zweiten Punkt beschränken und zeigen, unter welchen politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen die Technikentwicklung und die Debatte um die Technik verlaufen. Das Thema des technischen Wandels läßt sich m.E. nur vor dem Hintergrund dieser Bedingungen angemessen behandeln, d.h. das Verhältnis Technik-Gesellschaft ist kein einseitiges oder determinierendes. Der technische Wandel läßt sich somit nur im Kontext seiner gesellschaftlichen Einbettung analysieren.

Glaubt man einer Vielzahl von wissenschaftlichen Beiträgen oder politischen Verlautbarungen, befindet sich die Bundesrepublik in einem technisch bedingten, nahezu revolutionär anmutenden

Umwandlungsprozeß. Diese Vermutung steht in auffallendem Kontrast zur Entwicklung in den 50er und 60er Jahren, wo auch technische Innovationen die Gesellschaft umfassend verändert haben. Kritische Anmerkungen zu diesem Prozeß waren in der damaligen Zeit selten.

Was ist nun die Substanz dieser Vorstellungen von einem technisch induzierten Gesellschaftswandel. Wie vertragen sich die Vorstellungen mit der Realität der Bundesrepublik?

Ich beginne mit einer kurzen Skizze der bundesrepublikanischen Realität und stelle gleich meine Zentralthese vorweg: die Bundesrepublik befindet sich wie andere westliche Industrieländer seit Mitte der 70er Jahre in einem ökonomischen, sozialen und politischen Umbruchsprozeß, die Konturen der Nachkriegsgesellschaft verblassen, wobei die Richtung der weiteren Entwicklung derzeit noch offen scheint. In diesem Kontext haben die neuen Technologien einen zentralen Stellenwert.

Das von mir angesprochene Entwicklungsmodell der Bundesrepublik gründete in allererster Linie in dem politischen und sozialen Konsens der relevanten Führungsgruppen und Großlager und der vorhandenen ökonomischen Potenz und im weiteren geschichtlichen Verlauf im Erfolg dieses Modells. Der politischen Anerkennung der Arbeiterbewegung entsprach somit die sozialstaatliche Regulierung ebenso wie die ökonomische Fundierung der Massennachfrage. Auf der Grundlage des vorhandenen und transferierten Produktionsniveaus, der Ausweitung der Weltmärkte, des Ausbaus der Sektoren der Massenkongüterproduktion und der vorhandenen Qualifikationsstruktur der Arbeitskräfte konnte sich ein langanhaltender ökonomischer Wachstumsprozeß entfalten. Der Hebel zur Steigerung der Produktivität lag gleichermaßen im technologischen Standing wie im vermehrten und intensivierten Einbezug von Arbeitskräften. Im konsensvermittelten Reformprojekt der Sozialdemokratie erreicht dieses Wachstumsmodell seinen Höhepunkt - und sein Ende. Die Mitte der 70er Jahre evident werdende Krise der Ökonomie ist daher mehr als eine konjunkturelle; sie markiert den Beginn einer strukturell bedingten Umbruchsphase.

Dieser nun auch in der Ökonomie sichtbar werdende Strukturwandel hatte sich indes schon seit Mitte der 70er Jahre angekündigt. Im Verlauf der 60er Jahre werden allmählich die überkommenen Ordnungs- und Moralvorstellungen zu eng. Das rasante wirtschaftliche Wachstum der 50er Jahre hatte geradezu eine Revolutionierung der Gesellschaft zur Folge: das Auto, Radio und Fernsehen, die Werbetechniken, die Verdrängung ländlicher Gebiete, das neue Selbstbewußtsein von Arbeitern, Angestellten und kleinen Selbständigen, die vielfältigen Konsumstrategien etc. wirbeln alte Gewohnheiten und überkommene Lebensweisen durcheinander; aber autoritär eingeübte Verhaltensweisen und autoritäre Ordnungskonzepte der Unterwerfung unter Institutionen und Machteliten wie überkommene sozio-kulturelle Wertbestände überleben. Sie werden für die nachwachsenden anachronistisch, da sich das Lebensgefühl der Wohlstandsgesellschaft darin nicht mehr auszudrücken vermag. Das Erschrecken über eine warenförmig ausgerichtete und politisch verdichtete Gesellschaft ohne Opposition, die in ihrer (vermuteten) Eindimensionalität keinen Platz für die Entfaltung (wahrhaftiger) menschlicher Bedürfnisse lasse, ergreift ab Mitte der 60er Jahre erhebliche Teile der jugendlichen Intelligenz. Während Bevölkerungsmehrheiten sich am Besitz der Attribute der Wohlstandsgesellschaft erfreuen bzw. diese erstreben, beklagen die jugendlichen Kritiker diese als Auswüchse einer Konsumgesellschaft, die in ihrer technizistischen Ausrichtung und Logik zur Zerstörung der inneren und äußeren Natur des Menschen führe.

Auch wenn der Protest, die soziale Unruhe weitgehend randständig bleibt, erfaßt er in den 70er Jahren doch auch die Mehrheitsgesellschaft und den sozialen und politischen Raum.

Das Modell einer konsensvermittelten Wohlstandsgesellschaft erlebt eine letzte Blüte und gerät nachfolgend an seine - politischen und sozialen und damit auch ökonomischen - Grenzen. Der sozialdemokratische Reformstaat, in dem sich vor allem auch die Verschiebung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zugunsten der Arbeitnehmerschaft ausdrückt, kann die an ihn gestellten Anforderungen nach mehr Partizipation des einzelnen, nach durchlässigeren und transparenteren Strukturen nicht er-

füllen, will er sich nicht in Kontrast und Konflikt zu den gesellschaftlichen Normen und Werten setzen, die für eine kapitalistisch-industriell verfaßte Gesellschaft konstitutiv sind. Die Mitte der 70er Jahre offenbar werdende ökonomische Krise läßt sich von drei Seiten erklären

- strukturell; es vollzieht sich ein innerer Strukturwandel der Ökonomie
- politisch-sozial; das gesellschaftliche Reformklima führt zu Lohnerhöhungen und zu einer veränderten Einstellung zur Arbeit
- wertmäßig; durch die mangelnde Kompensation des hohen fixen Kapitalteils durch Produktivitätszuwächse.

Bei allen drei Momenten spielt die Technik bzw. die Einführung neuer Technologien eine entscheidende Rolle:

- über die neuen Technologien und die Veränderung der Märkte vollzieht sich erst der Strukturwandel
- eine lineare Fortsetzung des tayloristischen Produktionskonzeptes stößt Anfang der 70er Jahre auf Widerstand
- die neuen Technologien sollen das wertmäßige Dilemma lösen, indem sie arbeits- und kapitalsparend zugleich sind.

Die staatliche Wirtschafts- und Strukturpolitik steht diesem strukturellen Wandlungsprozeß recht hilflos gegenüber. Die noch im Geiste des Keynesianismus stehenden Instrumente versagen angesichts der Gleichzeitigkeit von Stagnation und Inflation und der Dominanz von Rationalisierungsinvestitionen. Der seit Mitte der 70er Jahre proklamierte Anspruch nach "aktiver Strukturpolitik" im Sinne einer staatlich vermittelten und geförderten Modernisierung der Gesellschaft über technische Innovation setzt sich nicht um, bzw. scheitert auch am Widerstand der Unternehmenseite, die auf eine marktvermittelte Lösung setzt. Der sozialdemokratische Staat der späten 70er Jahre entgeht diesem Dilemma von

Finanz- und Sozialstaatskrise und drohender Legitimationskrise, indem er eine Politik betreibt, die Probleme und Konflikte an die gesellschaftliche Peripherie drängt (Marginalisierungspolitik). Heute wissen wir, daß diese politische Gratwanderung der SPD mißlungen ist. Sie hat sowohl Teile ihrer sozialen Basis und ihre Bündnisfähigkeit verloren, als auch nicht die Kapitalseite für ihr Konzept gewinnen können.

Angesichts des Umbruchprozesses und seiner Zeitdauer wird die "technische Innovation" als Motor ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritts gewissermaßen neu entdeckt. Die Rede von den zukunftssträchtigen neuen Technologien, ohne deren forcierte Einführung die Bundesrepublik zum Agrarland wird, wird zur Zauberformel in den beiden politischen Großlagern, allerdings unter verschiedenen Prämissen und mit anderen Schlußfolgerungen für die Politik.

Das konservativ-liberale Modernisierungskonzept baut auf eine marktvermittelte Lösung, d.h. die Unternehmen dürfen in ihrem Bestreben nach Einführung neuer Technologien, seien es Produkt- oder Prozeßinnovationen, seien es die Erschließung neuer Märkte oder Organisationsformen, nicht behindert werden, damit sie auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig bleiben. In der marktradikalen Version (Biedenkopf) unterstützt die Forschungs- und Technologiepolitik diesen Prozeß allenfalls global und schafft gleichzeitig die ordnungspolitischen und sozialpolitischen wie infrastrukturellen Voraussetzungen. In Fragen der Forschungs- und Technologiepolitik gibt es jedoch im konservativen Lager Auffassungsunterschiede, die Politik eines Späth will auch selektiv fördern. Im Mittelpunkt steht dabei die Förderung des "High-Tech-Bereichs". Hinter diesem konservativen Modernisierungskonzept steckt die Prämisse, daß a) der gesellschaftliche Fortschritt technologisch und damit ökonomisch vermittelt und induziert ist, und b) daß der Prozeß des technischen Wandels ein autonomer und nicht von außen zu beeinflussender Prozeß ist, und c) die Politik sich dieser technisch vorgegebenen Entwicklungsdynamik anpassen bzw. den Anpassungsprozeß steuern muß. ("Geistige Infrastruktur")

Hiergegen steht die von großen Teilen der SPD und des DGB vertretenen These von der erforderlichen Umweltverträglichkeit und Sozialverträglichkeit der neuen Technologien. Dieses Konzept setzt auf Technikgestaltung statt nur - wie bei den Konservativen - auf Technikförderung. Dem Staat ebenso wie den Verbänden von Kapital und Arbeit kommt hierbei die Aufgabe zu, den Prozeß des technischen Wandels unter den genannten Voraussetzungen zu steuern bzw. zu gestalten. Unter Akzeptanz der Marktbedingungen geht es hierbei in erster Linie um die Steuerung sozialer Prozesse.

In beiden Konzeptionen ist der Begriff der gesellschaftlichen Innovation nicht nur technisch bestimmt. Entsprechend ihrem Welt- und Menschenbild (Mensch als Mängelwesen, natürliche Unterschiede/Ungleichheiten zwischen den Menschen) gehen konservative Autoren oder Politiker davon aus, daß vorhandene technische Innovationen einen entsprechenden sozialen Träger brauchen, um sich ökonomisch und gesellschaftlich umzusetzen. Im Rekurs auf Schumpeter und Pareto wird vor allem der Unternehmer als Träger dieses Prozesses geortet. Von konservativer Seite wird darüber hinaus der gesellschaftlichen Ebene bzw. dem sozio-ökonomischen Akzeptanz- bzw. Anpassungspotential ein zentraler Stellenwert beigemessen. Hintergrund ist die Annahme, daß die Wertedynamik eine fundamentale Ursache des sozialen Wandels ist.

Die Version einer umwelt- und sozialverträglichen Technikgestaltung geht - konträr hierzu - davon aus, daß der Prozeß gesteuert werden muß, daß schon bei der Entwicklung von neuen Technologien, spätestens aber vor ihrer Einführung soziale und Umweltaspekte berücksichtigt werden müssen. Sie versteht idealtypisch die Technik als Hilfsmittel für den Menschen und geht vom Primat der Arbeit aus (der Mensch als kollektives Wesen).